

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

51. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 10 · 22. Dezember 2020

Lockdown

Einen Tag vor Beginn des zweiten Corona-Lockdowns hat Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) den Landtag über die Maßnahmen unterrichtet. Es schloss sich eine kontroverse Debatte an. S. 3

Haushalt

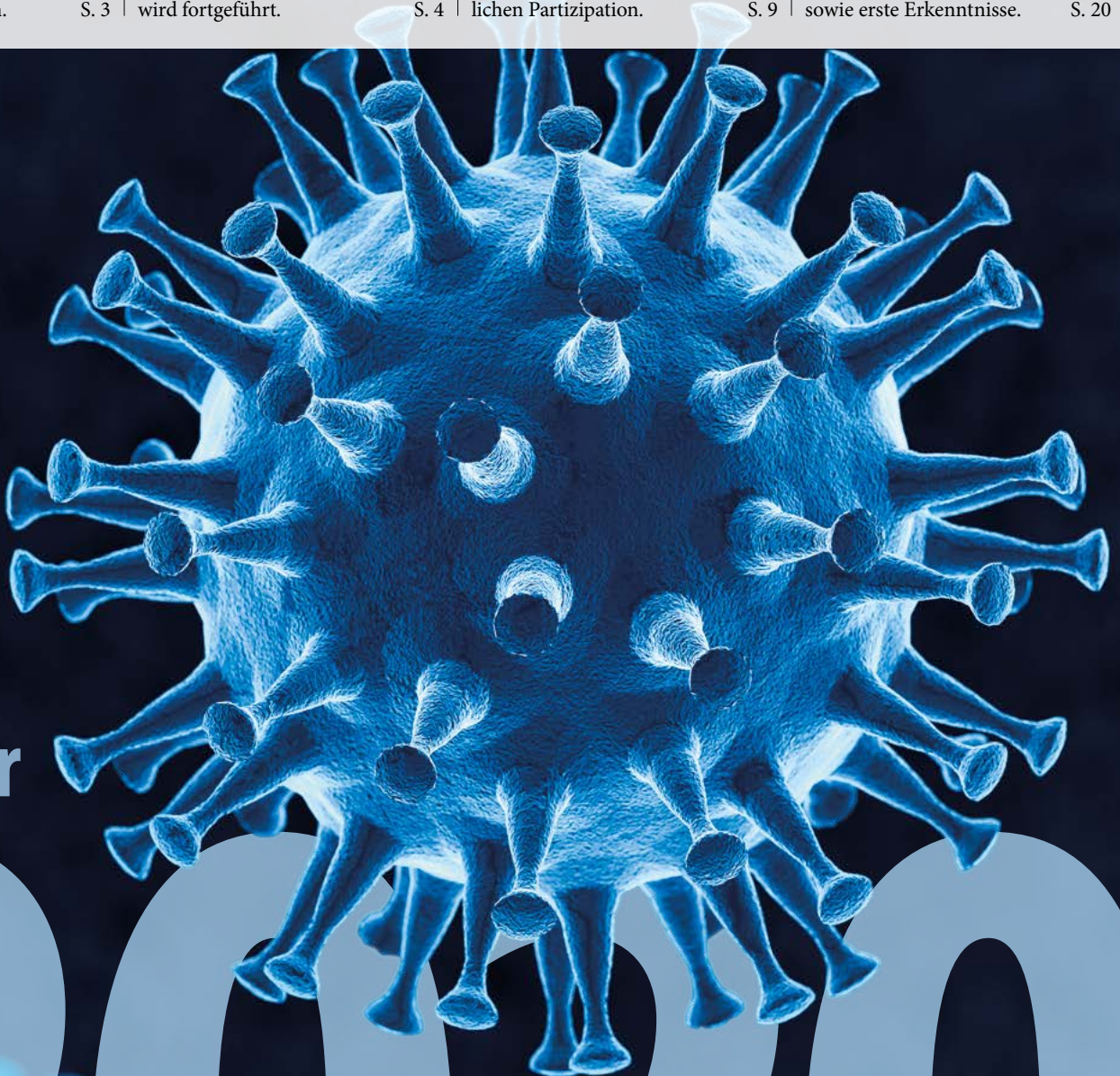
Der Landtag hat in 3. Lesung den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr verabschiedet. Der NRW-Rettungsschirm zur Abfederung der wirtschaftlichen Corona-Folgen wird fortgeführt. S. 4

Teilhabe

Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen stand im Mittelpunkt einer Anhörung. Sachverständige äußerten sich u. a. zum Teilhabebericht und zu Fragen der gesellschaftlichen Partizipation. S. 9

Kinderschutz

Die Kinderschutzkommission des Landtags schaut auf ein Jahr intensive Arbeit zurück. Im Interview berichten die Vorsitzende und ihr Stellvertreter über die Ziele des Gremiums sowie erste Erkenntnisse. S. 20



Das Jahr

2020

INHALT

Zum Stand der Inklusion

<u>Anhörung zum „Teilhabebericht Nordrhein-Westfalen“</u>	S. 9
<u>Standpunkte</u>	S. 10



Foto: Schälte

Aus dem Plenum

<u>Deutschland im zweiten Lockdown</u>	S. 3
<u>Haushalt 2021 verabschiedet</u>	S. 4
<u>Meldungen</u>	S. 6
<u>Belastungsprobe für Kliniken</u>	S. 7
<u>Gesetzgebung</u>	S. 8

Forum

<u>Das Jahr im Rückblick</u>	S. 12
<u>Aus den Fraktionen</u>	S. 16

Forum

<u>Pressefoto des Jahres 2020</u> ...	S. 18
<u>Eine Kommission im Einsatz für den Kinderschutz</u>	S. 20
<u>Aus den Ausschüssen</u>	
<u>Meldungen</u>	S. 22
<u>Im Porträt</u>	
<u>Matthi Bolte-Richter (Grüne)</u>	S. 23
<u>Kurz notiert</u>	S. 24

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, Vi.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jennifer Hüttenhölcher (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 17. Dezember 2020, 11.30 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.

Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Deutschland im zweiten Lockdown

Landtag debattiert nach Unterrichtung des Ministerpräsidenten

15. Dezember 2020 – Einen Tag vor dem Inkrafttreten des erneuten bundesweiten Corona-Lockdowns hat Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) den Landtag über die von Ländern und Bund beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie unterrichtet. In einer anschließenden Debatte gab es Unterstützung für die Maßnahmen, aber auch Kritik.

Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU) verwies darauf, dass die Infektionszahlen seit vergangener Woche trotz aller Maßnahmen „sehr, sehr schnell“ wieder angestiegen seien. Insbesondere die bedrückende Situation auf den Intensivstationen müsse alle aufrütteln. Die Lage in NRW sei ernst, in anderen Bundesländern sei sie dramatisch. Daher habe die Politik schnell und konsequent gehandelt. Es gehe darum, Leben zu retten. Laschet appellierte an die Bürgerinnen und Bürger, jeder müsse mitmachen und solidarisch sein. „Miteinander und füreinander“, dies werde die prägende Botschaft des Weihnachtsfests sein.

Mit Blick auf die neue Corona-Schutzverordnung sagte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty**: „Wir stehen zu diesen Maßnahmen.“ Es herrsche darüber hinaus aber „akuter Handlungsbedarf“, um etwa Menschen in Pflegeheimen zu schützen und Notfallpläne für Krankenhäuser zu erstellen. Die Landesregierung wälze Verantwortung u. a. auf Kommunen, Kitas und Eltern ab. In NRW regiere aktuell „kein Kabinett, sondern das totale Chaos“. Das gelte besonders für die Kita- und Schulpolitik. „Vollmundig“ ausgesprochene Betreuungs- und Bildungsgarantien der Landesregierung hätten eine kürzere Halbwertszeit „als Versprechen auf einer Kaffeefahrt“.

CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen** betonte, seit Beginn der Pandemie verfolge die Landesregierung den Kurs, Maßnahmen zu verschärfen, wenn die Infektionszahlen stiegen, und sie zu lockern, wenn die Zahlen es zuließen. Alle Maßnahmen müssten verhältnismäßig sein. Löttgen kritisierte eine „Oberflächlichkeit“ in

der Debatte um Grundrechtseinschränkungen. Politik dürfe sich diese Entscheidungen nicht leicht machen und müsse immer sorgfältig und rechtsstaatskonform prüfen. Die Kritik des SPD-Fraktionschefs wies Löttgen scharf zurück. Statt sachliche Kritik zu üben, gehe es der SPD nur um politische Geländegewinne und persönliche Diffamierungen.

„Unvermeidbar“

Die Äußerungen ihres Vorredners zur Opposition seien von Panik bestimmt gewesen, kritisierte Grünen-Fraktionschefin **Josefine Paul**. Ihre Fraktion unterstütze die Ergebnisse der Bund-Länder-Beratungen. Gleichwohl seien diese sozial und wirtschaftlich eine „Zumutung“. Es mangle an einem „vorausschauenden Krisenmanagement“ der Landesregierung. Sie müsse endlich umschalten vom „Notfallmodus in den Perspektivmodus“ und in soziale Infrastruktur investieren. Gerade in der Bildungspolitik habe die Landesregierung für Frust und Verunsicherung gesorgt und Schulen Steine in den Weg gelegt, die „lageangepasste Konzepte“ entwickelt hätten.

FDP-Fraktionschef **Christof Rasche** sagte, der „harte Lockdown“ sei unvermeidbar. Immer noch seien viele Fragen offen – beispielsweise, wo konkret sich Menschen infizierten. Daher müssten Kontakte so weit wie möglich reduziert werden. Rasche rief dazu auf, weiter vorsichtig zu sein und sich selbst und andere zu schützen. Kritik an Schulministerin Yvonne

Gebauer (FDP) wies Rasche zurück. Sie habe, wie die Bildungsminister aller Länder, immer gesagt, dass der Präsenzunterricht das Beste für die Schülerinnen und Schüler sei. In NRW habe sie diesen Kurs gegen SPD und Grüne verteidigt und ihn gemeinsam mit anderen Landesregierungen, an denen SPD und Grüne beteiligt seien, umgesetzt.

Dr. Martin Vincentz (AfD) sagte, das Risiko, psychisch zu erkranken, sei im ersten Lockdown erheblich gestiegen. Menschen seien zudem häufiger körperlich erkrankt, hätten sich aber weniger getraut, Krankenhäuser und Arztpraxen zu besuchen. Auch die Auswirkungen auf die Wirtschaft und Volkswirtschaft seien immens. Kinder würden ihrer elementaren Rechte etwa auf Bildung beraubt. Es gebe „keinerlei harte Evidenz“ dafür, dass ein „harter Lockdown“ das geeignete Mittel sei, um die Pandemie zu bekämpfen. Die Politik versage und habe es nicht geschafft, vulnerable Personen zu schützen.

Mitberaten wurden ein Antrag der Fraktionen von CDU und FDP („Mit Mut der Krise trotzen: Kultur gegen Einsamkeit in Wohneinrichtungen“, [17/12053](#)), der einstimmig angenommen wurde. Ein Antrag der SPD-Fraktion („Nach exponentieller Steigerung von Kita-Schließungen: Monetäre Entlastung in schwierigen Zeiten – Keine Kita-Gebühren in der Corona-Quarantäne“, [17/12057](#)) wurde abgelehnt.

wib, tob



Haushalt 2021 verabschiedet –

16. Dezember 2020 – Der Landtag hat in 3. Lesung den Haushaltsentwurf der Landesregierung für 2021 verabschiedet. Er hat ein Volumen von rund 84 Milliarden Euro und sieht keine Neuverschuldung vor. Der im Frühjahr beschlossene NRW-Rettungsschirm zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie wird fortgeführt.

Über den Rettungsschirm steht ein Sondervermögen von bis zu 25 Milliarden Euro zur Verfügung, das die direkten und indirekten Folgen der Corona-Pandemie auffangen sowie „notwendige konjunkturelle Maßnahmen“ ermöglichen soll.

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** kritisierte in der Grundsatzdebatte, die schwarzgelbe Finanzpolitik münde in Stillstand, wo sie eigentlich für Fortschritt sorgen müsse. Die Landesregierung werde in den kommenden zwei Jahren über den NRW-Rettungsschirm so hohe Kredite in Anspruch nehmen wie keine Landesregierung zuvor – um den Bürgerinnen und Bürgern vorzugaukeln, sie habe trotz Rezession einen ausgeglichenen Haushalt. Zugleich fehlten „mutige Zukunftsinvestitionen, um drängende Probleme zu lösen“, beispielsweise in Bildung, Wohnungsbau, Wirtschaft und den Klimaschutz. Konkret bemängelte Kutschaty u. a., dass es keine Programme gegen den Lehrkräftemangel sowie für den Ausbau der Offenen Ganztagschule gebe. Die Wohnungsnot werde von Jahr zu Jahr schlimmer und die Landesregierung wolle dies nicht wahrhaben.

Der von Finanzminister Lutz Lienenkämper (CDU) vorgelegte Haushaltsentwurf sei eine „herausragende Leistung“, sagte CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen**. Es zahle sich aus, „dass wir seit dem Regierungswechsel den Haushalt saniert und Vorsorge betrieben haben“. Dies schaffe finanzielle Spielräume, um die coronabedingten Herausforderungen zu bewältigen. Statt Etats „auf Kosten kommender Generationen zu verabschieden“, gebe man nur das Geld aus, das erwirtschaftet werde, sagte Löttgen. Schwerpunkte seien Bildung, Familien, Kriminalitätsbekämpfung, die Leistungsfähigkeit der Kommunen und Krankenhäuser sowie die Infrastruktur des Landes. Trotz Corona „halten wir Kurs mit einem finanzpolitischen Kompass von Maß und Mitte“. Die „NRW-Koalition“ werde das Land bestmöglich durch die Krise führen, so Löttgen.

Auch zehn Monate nach Beginn der Corona-Pandemie fehlten dringend notwendige Konzepte, kritisierte Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer**. Unter Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) stolpere die Regierung mit einem „Schlingerkurs“ und einer mangelhaften



Fotos: Schälte

Thomas Kutschaty (SPD)

Bodo Löttgen (CDU)

Kommunikation durch die Corona-Krise. Die Landesregierung müsse mehr für den Gesundheitsschutz, aber auch für den Klimaschutz tun. Schäffer forderte einen früheren Ausstieg aus der Kohleverstromung sowie höhere Investitionen etwa in eine klimafreundliche Mobilität. Angesichts der drohenden Rezession müsse zudem mehr in die öffentliche Infrastruktur investiert werden. „Die Kommunen sind auch bei diesem Haushalt der große Verlierer.“ Kommunale Gesundheits-, Schul- und Jugendämter seien in der Krise mehr denn je gefordert, dies werde im Haushalt nicht berücksichtigt.

FDP-Fraktionschef **Christof Rasche** nannte fünf Schwerpunkte im Haushalt: Generationengerechtigkeit durch eine solide Finanzpolitik, Nachhaltigkeit, Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Innere Sicherheit, Anreize für private Investitionen und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. In der Finanzpolitik hätten CDU und FDP für einen Politikwechsel gesorgt und die Schuldenspirale beendet. Ein solcher Politikwechsel sei auch

beim Klimaschutz gelungen durch die richtige Balance von Ökologie und Ökonomie. Die Koalition fördere die Bildungsgerechtigkeit. Der Schuletat sei seit Regierungsübernahme deutlich gewachsen. Der Umstieg auf das G9-Abitur sei „vorbildlich“ gelungen. Dies alles zeige, dass die Koalition ein verlässlicher Partner für die Bürgerinnen und Bürger sei.

„180-Grad-Wenden“

Das Land tilge keine Schulden und plane dies auch in den nächsten Jahren nicht, sagte AfD-Fraktionschef **Markus Wagner**. Mit „bürgerlicher Haushaltspolitik“ habe das nichts zu tun. Kaum nachzuvollziehen seien die Corona-Politik und Krisenkommunikation von Ministerpräsident Armin Laschet. Sie schafften kein Vertrauen. Das „Schulchaos in NRW“ sei bereits ein „nationales Thema“. Wagner sprach von einigen „180-Grad-Wenden“ der Schulministerin. Am schlimmsten aber sei, dass die Politik ihr Versprechen nicht angemessen umgesetzt habe, alte und vorerkrankte Menschen zu schützen.

NRW-Rettungsschirm wird fortgeführt

Stattdessen werde „die Wirtschaft nun zum dritten Mal lahmgelegt“. Für die AfD-Fraktion habe Generationengerechtigkeit höchste Priorität. Deshalb werde man einen Gesetzentwurf

[17/12077](#)) wurde unter Berücksichtigung von angenommenen Änderungsanträgen der Fraktionen von CDU und FDP verabschiedet. Für den Entwurf stimmten CDU und FDP, dagegen

SPD, Grüne und AfD. Zwei Entschließungsanträge der SPD und einer der Grünen wurden abgelehnt. Alle Drucksachen finden Sie im Internet unter www.landtag.nrw.de. *tob, zab, wib*



Verena Schäffer (Grüne)

Christof Rasche (FDP)

Markus Wagner (AfD)

Ministerpräsident Armin Laschet (CDU)

zur Verankerung der Schuldenbremse in die Landesverfassung einbringen.

Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU) sagte, das Jahr 2020 sei „fordernd“ gewesen, auch finanziell. Die Landesregierung habe im Frühjahr einen Corona-Rettungsschirm in Höhe von 25 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Diese und andere Hilfen seien dringend notwendig, um Menschen in der Corona-Krise zu helfen. Die eigene Regierung wäge stets verantwortungsvoll ab, um Interessen aller Lebensbereiche gerecht zu werden. „Wir wollen den 360-Grad-Blick“, sagte Laschet. „Leben zu retten und zu schützen“ sei der oberste Maßstab für das eigene Handeln. Im Haushalt werde daher in eine „leistungsstarke Krankenhausinfrastruktur“ und in Kommunen investiert, die deutliche Ausfälle bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen hätten. Schwerpunkte des Haushalts seien zudem u. a. Bildung, Digitalisierung, Innere Sicherheit und Klimaschutz.

Der Haushalt (Drucksachen [17/11100](#), [17/11800](#)/Ergänzung, [17/11850/2](#). Ergänzung,

Eckdaten des Haushalts

	Haushalt 2021	Haushalt 2020
	in Mrd. EUR	in Mrd. EUR
Haushaltsvolumen	84,1	80,2
Steuereinnahmen	62,5	65,1
Personalausgaben	29,9	28,8
Personalausgabenquote	35,7 v.H.	36,0 v.H.
Investitionsausgaben	8,7	8,1
Investitionsquote	10,4 v.H.	10,2 v.H.

Quelle: Ministerium der Finanzen NRW



Jüdisches Leben

16.12.2020 – Der Landtag unterstützt Bemühungen, 2021 an die 1.700-jährige Geschichte des Judentums nördlich der Alpen zu erinnern. Grundlage dazu sind ein Antrag ([17/12051](#), Neudruck) sowie ein Änderungsantrag ([17/12156](#)) von CDU, SPD, FDP und Grünen. Beide Anträge wurden einstimmig im Plenum angenommen. Die Landesregierung solle mit dem Verein „321 – 2021: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ einen Kooperationsvertrag zur Förderung von Projekten und Veranstaltungen schließen, „die das jüdische Leben in seiner historischen und heutigen Vielfalt sichtbar machen und so antisemitischen Ressentiments entgegenwirken“. Erinnert werde an das Jahr 321, in dem der römische Kaiser Konstantin per Gesetz erlaubt habe, Juden in den Kölner Stadtrat zu berufen. Dies gelte als der älteste Beweis jüdischen Lebens nördlich der Alpen. „Es ist daher historisch besonders bedeutend, da es zeigt, dass jüdische Gemeinden spätestens seit dieser Zeit integrativer Bestandteil unserer Gesellschaft sind.“ Bei den Feierlichkeiten werde der Blick in Nordrhein-Westfalen und bundesweit „auf die positiven und vielfältigen Akzente jüdischen Lebens damals und heute in Deutschland gerichtet“.

Sorge vor Wohnungsverlust

16.12.2020 – Um Wohnungsverluste durch die Corona-Pandemie zu vermeiden, fordert die SPD-Fraktion eine Wiederaufnahme des sogenannten Kündigungsmoratoriums. „Die stark gestiegene Anzahl von Wohngeldanträgen ist ein deutliches Anzeichen für den steigenden sozioökonomischen Druck, der auf vielen Haushalten lastet“, heißt es im Antrag der Fraktion ([17/12056](#)). Insbesondere Mieterinnen und Mieter mit verminderten Einkommen seien besorgt. Bei vielen seien die Rücklagen aufgebraucht. Die Fraktion bezieht sich auf Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und des Deutschen Mieterbundes (DMB). Beide sprächen sich „für die Wiederaufnahme des zum 30. Juni 2020 ausgelaufenen Kündigungsmoratoriums aus“. Es solle zunächst bis zum 30. Juni 2021 gelten. Die

Vorschläge seien „als sozial flankierende Maßnahme zum Wohnraumerhalt“ für viele von den Folgen der Corona-Pandemie betroffene Mieterinnen und Mieter „sinnvoll und unterstützenswert“, so die SPD-Fraktion in ihrem Antrag. Die Landesregierung müsse sich bei der Bundesregierung für die Wiederaufnahme des Kündigungsmoratoriums einsetzen, vorerst bis zum 30. Juni 2021. Bei Bedarf sei eine Verlängerung erforderlich. Der Antrag wurde in direkter Abstimmung mehrheitlich abgelehnt.

Naturschutz und Pestizide

16.12.2020 – Die Grünen-Fraktion spricht sich dafür aus, die Verwendung von Pestiziden in Naturschutzgebieten, Nationalparks, Nationalen Naturmonumenten, Naturdenkmälern und Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung zu verbieten. Die Landesregierung müsse eine entsprechende Änderung des Landesnaturschutzgesetzes vorlegen, heißt es u. a. in einem Antrag der Fraktion ([17/12048](#)). Geschützte Biotope hätten die zentrale Funktion, „Lebensräume und die hier vorherrschende Biodiversität zu bewahren und zu fördern“. Trotz dieser „herausragenden Funktion der Naturschutzgebiete für die Artenvielfalt“ sei es grundsätzlich nach wie vor zulässig, dass auf landwirtschaftlich genutzten Flächen, die in Naturschutzgebieten liegen, Pestizide eingesetzt werden dürften. Dabei seien die schädigenden Auswirkungen auf Pflanzen und Tiere bekannt und bereits mehrfach dokumentiert worden. Der Rückgang der Artenvielfalt betreffe „nicht nur die intensiv genutzten Bereiche unserer Kulturlandschaft, sondern auch die Naturschutzgebiete“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz überwiesen.

Zuwanderung

16.12.2020 – Der Landtag hat über eine Große Anfrage der AfD-Fraktion („Die fiskalischen Lasten der Zuwanderung im Landeshaushalt NRW“, [17/8666](#)) und die Antwort der Landesregierung ([17/10695](#)) debattiert. Die „Aufnahme und Versorgung hunderttausender Migranten aus Drittländern“ habe aus Sicht der

Fraktion „immense finanzielle Belastungen zur Folge“, heißt es in der Großen Anfrage. Dieses Geld stehe „für andere öffentliche Aufgaben, aber auch für Steuerentlastungen nicht mehr zur Verfügung“. Zudem lasse die Landesregierung bei Abschiebungen „die notwendige Konsequenz vermissen“. Die Anfrage enthält insgesamt 19 Fragekomplexe. Die Fraktion will u. a. wissen, wie sich die „ausländische Bevölkerung“ in Nordrhein-Westfalen zusammensetzt. Zudem fragt sie nach Aufenthaltsstatus und Ausgaben beispielsweise für Sozialleistungen und Unterbringung. Die Antwort der Landesregierung umfasst 838 Seiten. Darin weist sie u. a. den Vorwurf mangelnder Konsequenz bei Abschiebungen zurück. Die Landesregierung stehe für „die konsequente Rückführung von Personen, für die nach einem rechtsstaatlichen Prüfverfahren kein Bleiberecht besteht“. Besondere Priorität habe die „konsequente Abschiebung von Gefährdern und Straftätern“.

E-Ticket

16.12.2020 – Der Landtag unterstützt das Vorhaben, durch die Einführung eines E-Tickets und eines E-Tarifs ein landesweit einheitliches Tarifsystem für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu schaffen. Der Ticketkauf soll über eine App erfolgen. In einem gemeinsamen Antrag ([17/11962](#), Neudruck) fordern die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen die Landesregierung u. a. auf, die Einführung durch die Verkehrsverbünde und Tarifgemeinschaften „erfolgreich zum Abschluss bringen zu lassen“. Zudem müsse es einen verbindlichen Zeitplan für eine Umsetzung dieser neuen Lösungen noch in dieser Legislaturperiode geben. Das bestehende Tarifsystem werde „aus vielfältigen Gründen bisher immer wieder als kompliziert, unübersichtlich und gerade bei der Preisgestaltung als ungerecht wahrgenommen“. Es stelle „eine echte Hürde“ für die Nutzung des ÖPNV dar, insbesondere für Gelegenheitskunden. „Für eine erfolgreiche Mobilitätswende, gerade auch mit Blick auf möglichst klimafreundliche Fortbewegungsmittel, ist es wichtig, dass der ÖPNV möglichst attraktiv ist und nicht durch komplizierte und kaum nachvollziehbare Ticketsysteme abschreckt“. Der Antrag wurde einstimmig vom Landtag angenommen.

Foto: Schälte



PLENUM

Belastungsprobe für Kliniken Aktuelle Stunde zur Situation auf Intensivstationen

15. Dezember 2020 – Aufgrund steigender Behandlungsfälle von Covid-19-Patientinnen und -Patienten haben sich die Abgeordneten in einer Aktuelle Stunde mit der Situation auf den Intensivstationen in Nordrhein-Westfalen befasst. Die SPD-Fraktion hatte die Debatte beantragt.

„Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen melden aktuell eine erheblich steigende Belegungsauslastung mit schwer erkrankten Covid-19-Patienten“, heißt es im Antrag der Fraktion (17/12105). Innerhalb von nur einem Monat habe die Zahl der stationär behandelten Fälle um 25 Prozent zugenommen. Am 13. Dezember 2020 habe es 1.047 Covid-19-Patientinnen und -Patienten auf Intensivstationen in Nordrhein-Westfalen gegeben, von denen 57 Prozent beatmet werden mussten.

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD) nannte die Situation auf den Intensivstationen der Krankenhäuser „dramatisch“. Die Zahl der Intensivpatientinnen und -patienten müsse gesenkt werden. Dies gelinge nur, wenn durch den Lockdown die Zahl der Neuinfizierten reduziert werde. Die Mediziner und Pflegekräfte wünschten sich zudem konkrete Ansagen der Politik – jemanden, der die Verantwortung übernehme. Benötigt würden klare Konzepte über das Aussetzen des Regelbetriebs und Klarheit über die finanziellen Auswirkungen. Politik müsse einen breiten Rücken machen, damit sich das medizinische Personal um sein Kerngeschäft kümmern könne: Leben zu retten.

Forderung nach „Ampelsystem“

Peter Preuß (CDU) mahnte, wer Angst schüre, verspiele das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Gesundheitswesen. Die Kliniken seien gut aufgestellt und würden nicht allein gelassen. Land und Bund hätten „eine ganze Reihe von Maßnahmen“ ergriffen, um sie in der Pandemie zu unterstützen. Ziel aller Maßnahmen sei immer gewesen, eine Überforderung der Kliniken zu vermeiden. Operationen zu verschieben, sei aber eine Entscheidung der Ärztinnen und Ärzte und nicht der Politik. Nun müsse der Lockdown durchgesetzt werden. Preuß appellierte an die Bürgerinnen und Bürger, zu Hause zu bleiben, Kontakte zu vermeiden und Abstand zu halten.

Die Prognosen des Ministers zu den Krankenhausbetten seien „unzureichend“ gewesen, sagte **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne). „Unzureichend“ sei auch, dass man erst jetzt reagiert habe. Das Land Berlin habe bereits im April ein „Ampelsystem“ eingeführt, damit sich Krankenhäuser frühzeitig auf Situationen einstellen können. Seine Fraktion hätte sich zudem einen Krisenstab gewünscht, der auf Landesebene für gleiche Reaktionsmechanismen in allen Kliniken gesorgt hätte. An die Landesregierung appellierte Mostofizadeh, das Frühwarnsystem nun „durchzuziehen“, damit es nicht zu Krisenlagen komme, „solange man das steuern kann“.

Die SPD-Fraktion versuche, ein „Horrorzenario überfüllter Intensivstationen“ zu zeichnen, sagte **Susanne Schneider** (FDP). Die Situation sei angespannt, vor dem Kollaps stünden die Kliniken aber sicherlich nicht. Es sei richtig gewesen, jetzt die „Notbremse“ zu ziehen, um einen weiteren Anstieg der Neuinfektionen zu stoppen. Das medizinische Personal werde enorm beansprucht, sagte Schneider: „Wir müssen aufpassen, dass ihre Kräfte nicht erschöpft werden.“ Den Pflegekräften sowie den Ärztinnen und Ärzten gebührten „Dank und höchster Respekt“. Man werde die Anstrengungen zum Schutz der Hochrisikogruppen in Pflegeheimen weiter intensivieren.

Dr. Martin Vincentz (AfD) warf der SPD-Fraktion „Panikmache“ vor. Das sei verantwortungslos. Und es sei „schädlich“, Menschen einzureden, „dass unsere Krankenhäuser in der aktuellen Situation völlig überlastet sind oder man sich dort nicht mehr behandeln lassen könne“. Zwar liege mit Blick auf Intensivstationen einiges „im Ar-

gen“, aber das schon seit Jahren. Gerade in den Wintermonaten befänden sich Krankenhäuser regelmäßig am Limit ihrer Kapazitäten. Es gebe zu wenig Personal auf Intensivstationen. Da reiche es nicht aus, lediglich neue Beatmungsgeräte anzuschaffen. Es brauche grundlegende Reformen im Gesundheitssystem.

Die Lage in den Krankenhäusern sei ernst und die Zahl der freien Betten auf Intensivstationen sinke, sagte Gesundheitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU). Daher habe die Politik bundesweit einen harten Lockdown beschlossen. Es bestehe aber kein Grund, Angst und Schrecken zu verbreiten. Die Zeit seit der ersten bis zur jetzigen Pandemiewelle sei genutzt worden, um Krankenhäuser „wesentlich robuster“ aufzustellen. Die Zahl der Betten mit Beatmungsgeräten sei um 30 Prozent gestiegen. Die Landesregierung nutze Spielräume, um für weitere Verbesserungen zu sorgen und ergreife – wenn nötig – weitere Maßnahmen, um die Versorgung in Krankenhäusern zu verbessern. *wib, zab, tob*



Foto: Schälte

GESETZGEBUNG

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) | [17/11100](#), [17/11800](#), [17/11850](#), [17/12077](#) | Landesregierung | 3. Lesung am 16. Dezember 2020 | verabschiedet

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2021 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2021 – GFG 2021) | [17/11623](#) | Landesregierung | 2. und 3. Lesung am 16. Dezember 2020 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des § 58 der Gemeindeordnung und des § 41 der Kreisordnung des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/12059](#) | AfD | 1. Lesung am 16. Dezember 2020 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Gesetz zur Umstrukturierung der Maßregelvollzugsbehörde im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales | [17/11682](#), [17/12143](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 16. Dezember 2020 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018 | [17/12033](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 16. Dezember 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Gesetz zur Stärkung des Wohnungswesens in Nordrhein-Westfalen (Wohnraumstärkungsgesetz – WohnStG) | [17/12073](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 16. Dezember 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlings-

aufnahmegesetz – FlüAG) | [17/11841](#) | Grüne | Integrationsausschuss | in Beratung

Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/11673](#) | SPD | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und zur Änderung weiterer Gesetze | [17/11622](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen, des Landesforstgesetzes und des Verwaltungsverfahrensgesetzes | [17/11624](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Kunsthochschulgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Hochschulbereich | [17/11685](#) | Landesregierung | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

Viertes Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes | [17/11681](#) | Landesregierung | Hauptausschuss | in Beratung

Drittes Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/11162](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Erweiterung von Auskunftsrechten auf Mitglieder der Medienkommission gegenüber der Landesanstalt für Medien (Auskunftsrechte-Erweiterungsgesetz Medienkommission NRW) | [17/10856](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes NRW | [17/8298](#) | Grüne | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswasserrechts | [17/9942](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/9801](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 für das Land Nordrhein-Westfalen (Zensusgesetz 2021-Ausführungsgesetz NRW – ZensG 2021 AGNRW) | [17/8762](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in Nordrhein-Westfalen | [17/8722](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes in Nordrhein-Westfalen – Einführung einer paritätischen Aufstellung der Wahllisten mit Frauen und Männern | [17/7753](#) | SPD und Grüne | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/3774](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Zum Stand der Inklusion

Anhörung zum „Teilhaberbericht Nordrhein-Westfalen“

3. Dezember 2020 – Wie ist die Lebenssituation von Menschen mit Beeinträchtigungen? Wie sieht es aus mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention? Um diese und andere Fragen geht es im „Teilhaberbericht Nordrhein-Westfalen“. Die Landesregierung hat ihn vorgelegt. Im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales haben sich Sachverständige dazu geäußert.

Themen des Berichts sind u. a. Bildung, Arbeit, Wohnen, Mobilität, Gesundheit, Selbstbestimmung, Freizeit sowie politische und gesellschaftliche Partizipation. Ein weiteres Kapitel widmet sich den Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Nordrhein-Westfalen.

„Der Bericht wurde aus wissenschaftlicher Perspektive durch das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) in Kooperation mit der Universität Bielefeld erstellt“, so die Landesregierung in ihrer Vorlage (17/3538). Eine „solch umfassende, auf empirischen Daten basierende Analyse“ werde „in dieser Form und Güte für Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal veröffentlicht“. Der Teilhaberbericht solle keine fertigen Antworten liefern, sondern „einen wichtigen und immer wieder auch kritischen Beitrag zur Debatte“.

Grundlage der Anhörung waren zudem ein Antrag der Fraktionen von CDU und FDP („Teilhaber von Menschen mit Behinderungen neu und innovativ gestalten – Inklusion in Nordrhein-Westfalen weiter voranbringen!“; 17/10632) sowie ein Entschließungsantrag der SPD („Teilhaberbericht NRW belegt: Die Landesregierung tut zu wenig, um ein inklusives NRW zu schaffen“; 17/10736).

Das Deutsche Institut für Menschenrechte lobte den Bericht. Erstmals würden „verfügbare Daten zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen in Nordrhein-Westfalen in einem wichtigen Referenzdokument dargestellt“. Damit lägen „gebündelte Erkenntnisse“ für die künftige Inklusionspolitik des Landes vor. Positiv sei zudem die Ankündigung, den Aktionsplan „NRW inklusiv“ auf Basis des Teilhaberberichts bis 2025 fortzuschreiben. Diese Abfolge könne eine „Vorbildfunktion für andere Bundesländer einnehmen“. Das Institut begrüßte zudem die Anträge der Fraktionen von CDU und FDP sowie der SPD, mit denen der Teilhaberbericht „in die parlamentarische Debatte eingebracht“ werde. Allerdings lege der Bericht zahlreiche Datenlücken offen.

Der Teilhaberbericht stelle einen „bemerkenswerten Fortschritt in der Behindertenpolitik Nordrhein-Westfalens“ dar, schreibt die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe in ihrer Stellungnahme für den Ausschuss. Erstmals werde, im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskon-

vention, „ein ressortübergreifender Befund über die Situation von Menschen mit Behinderungen in NRW vorgelegt“. Bei aller Pionierarbeit dürfe dies aber nur ein Zwischenschritt sein.

„Grundsätzlich begrüßen wir, dass die Landesregierung diesen Bericht in Auftrag gegeben hat“, heißt es in einer Stellungnahme der Lebenshilfe Nordrhein-Westfalen. Der Bericht umfasse wesentliche Lebensbereiche von Menschen mit Beeinträchtigungen. „Schmerzlich“ sei, dass Daten zu Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung in einigen Bereichen fehlten. Diese „Erhebungs-Lücken“ müssten geschlossen werden.

Datenlage

Ähnlich äußerte sich der Sozialverband VdK, der den Bericht und die Anträge der Fraktionen begrüßte. Allerdings benenne der Bericht „in fast allen untersuchten Lebensbereichen auch deutliche Mängel beim Datenmaterial, die aktuell eine umfassende Beurteilung des Standes der Inklusion erschweren“. Zudem fehlten „Ausführungen zum Umsetzungsstand der Inklusion auf kommunaler Ebene“.

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) wies ebenfalls auf Mängel in der Datenlage hin. Der Teilhaberbericht verdeutliche, „dass Land und Kommunen in NRW ihrer Verantwortung zur Erfassung von Daten zu den Lebensverhält-

nissen behinderter Menschen endlich umfassend nachkommen müssen“. Dennoch gebe der Bericht „einige Belege dafür, dass das bisherige Handeln der Landesregierung nicht ausreicht, um die Vorgaben der UN-BRK in NRW endlich umzusetzen“.

Das „Kompetenzzentrum Selbstbestimmt Leben“ sieht im Bericht „eine gute Basis für Diskussionen in Politik und Gesellschaft über die Förderung der Inklusion in Nordrhein-Westfalen“. Positiv hervorzuheben sei das „ehrliche Eingeständnis, dass die Aussagekraft dieses Berichts an einigen Stellen eingeschränkt bleibt, weil es an einer gesicherten und repräsentativ erhobenen Datenlage fehlt“. Der Bericht gehe offen mit der in Teilbereichen unzureichenden Datenlage um. Er mache dadurch deutlich, „dass es in Zukunft entscheidend darauf ankommen wird, die Teilhabesituation von Menschen mit Beeinträchtigungen umfassender und kontinuierlicher wissenschaftlich zu analysieren“.

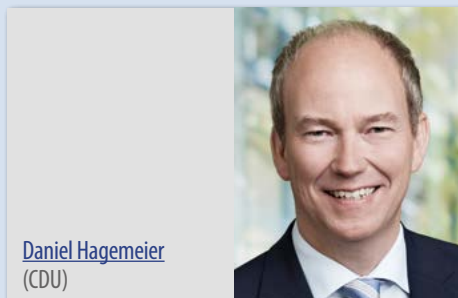
zab

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

Foto: Schälte

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Teilhabebericht Nordrhein-Westfalen“



Der Teilhabebericht ...

... ist eine gute Grundlage für einen neuen Aktionsplan. Er zeigt gerade zuletzt in vielen Lebensbereichen positive Veränderungen auf, weist aber auch auf weitere Herausforderungen hin. Wir wünschen uns klare inklusionspolitische Schwerpunktsetzungen dort, wo der dringlichste Handlungsbedarf ist: vor allem bei der Teilhabe an Arbeit. Dabei ist eine gute Einbindung der Behindertenverbände erforderlich.

... liefert erstmals eine empirische Datenlage zur Situation der Menschen mit Beeinträchtigungen. Der Teilhabebericht offenbart aber auch die vorhandenen Defizite, zum Beispiel bei der gesundheitlichen Versorgung und der Barrierefreiheit. Die Landesregierung muss daher mehr tun, damit die Inklusion endlich Wirklichkeit wird.

Die Datenlage ...

... zeigt, dass jeder Fünfte in NRW mit einer Beeinträchtigung lebt. Das sind rund 3,67 Millionen Menschen – also keine Randgruppe, sondern ein großer und auch weiter wachsender Teil in unserer älter werdenden Gesellschaft. Aber es ist auch klar geworden, dass wir ein noch präziseres Datenvolumen brauchen, damit Inklusionspolitik künftig zielgenauer ansetzen kann.

... rund um die Situation der Menschen mit Behinderung muss stetig verbessert werden. Deswegen müssen der Aktionsplan der Landesregierung, aber auch die Statistiken der Sozialgesetzbücher gezielt weiterentwickelt werden. Unabhängig davon muss aber kontinuierlich und weiter alles getan werden, um die Teilhabechancen der Menschen zu verbessern und eine inklusive Gesellschaft zu erreichen.

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ...

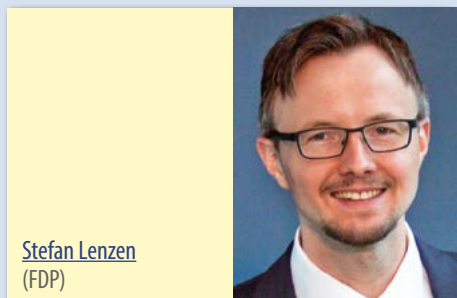
... ist seit dem Jahr 2009 in Deutschland verbindlich. Ziel ist es und muss es bleiben, Menschen mit Beeinträchtigung die Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen zu ermöglichen. Dabei sind besonders die Themenfelder Bildung, Teilhabe an Arbeit, selbstständiges Wohnen, Mobilität und die gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Beeinträchtigungen zu verbessern.

... ist eine Mammutaufgabe. Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft. Wir müssen alle gemeinsam und stetig daran arbeiten, dass die Teilhabe von Menschen mit Behinderung uneingeschränkt und an allen Facetten des gesellschaftlichen Lebens möglich wird!

Die politische Debatte ...

... sollte dazu führen, das Leben der Menschen mit Behinderungen immer weiter zu verbessern. Sie gehören in die Mitte der Gesellschaft. Niemand sollte durch seine Beeinträchtigung benachteiligt werden. Bei der inklusionspolitischen Grundsatzdebatte müssen immer die betroffenen Menschen im Vordergrund stehen. Die politische Umsetzung der Inklusion ist eine gesellschaftliche Daueraufgabe.

... um eine gute Politik für Menschen mit Beeinträchtigungen muss gemeinsam und im Konsens aller demokratischen Parteien erfolgen. Um die Teilhabechancen der Menschen zu erhöhen und ihren Bedürfnissen Rechnung zu tragen, müssen alle politisch Verantwortlichen zusammenarbeiten. Nur so können wir eine inklusive und barrierefreie Gesellschaft schaffen.

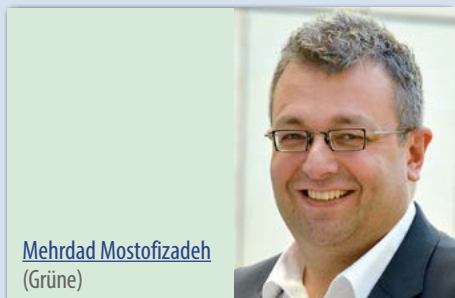


... zeigt deutlich, dass sich in den letzten Jahren in vielen Lebensbereichen positive Veränderungen ergeben haben. Er veranschaulicht ebenso die Herausforderungen, die noch zu meistern sind. Wir wollen zusammen mit den Verbänden und Selbstorganisationen einen neuen Aktionsplan erstellen. Wir setzen auf anerkannte, bewährte und verlässliche Strukturen und wollen gleichzeitig Neues entstehen lassen.

... zeigt auf, in welchen Bereichen besondere Herausforderungen bestehen. So ist die Zahl der langzeitarbeitslosen Menschen mit Schwerbehinderung weiter angestiegen, ebenso wie die durchschnittliche Dauer ihrer Arbeitslosigkeit. Zugleich ist aber auch die Zahl der Beschäftigten mit Schwerbehinderung in diesem Jahrzehnt um rund 25 % angestiegen. Dies zeigt die Bedeutung der Teilhabe an Erwerbsarbeit.

... hat die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen zum Ziel. Wir Freie Demokraten unterstützen das Ziel und setzen dabei auf eine realistische Inklusionspolitik. Wir wollen mehr Menschen in den ersten Arbeitsmarkt bringen und die Wahlfreiheit beim Wohnen erhalten. Die von Rot-Grün an der Lebenswirklichkeit vorbei geplante schulische Inklusion haben wir hingegen korrigiert.

... ist unter den demokratischen Fraktionen geprägt von dem gemeinsamen Ziel, die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Dabei streiten wir um den besten Weg sowie um die richtigen Instrumente und Schwerpunkte. Wir werden auch Anregungen aus der Anhörung aufgreifen wie gute Beispiele für die Inklusion im Arbeitsmarkt und eine verstärkte Information zum Persönlichen Budget.



... zur Lebenssituation von Menschen mit Beeinträchtigungen zeigt, dass trotz einiger Fortschritte die bisherigen Maßnahmen bei weitem nicht ausreichen, um eine selbstbestimmte Teilhabe zu erreichen. Besonders dramatisch ist die Situation von Mädchen und Frauen mit Behinderungen. Deren Risiko, Opfer von Gewalt zu werden, ist um ein Vielfaches höher als bei Frauen und Mädchen ohne Behinderungen.

... ist in vielen Bereichen noch sehr lückenhaft. Insbesondere Menschen mit Behinderungen, die in stationären Einrichtungen leben oder einen besonderen Kommunikationsbedarf haben, sind im Bericht unterrepräsentiert oder werden gar nicht erfasst. Doch gerade sie sind besonders stark von Einschränkungen in ihren Teilhabemöglichkeiten betroffen.

... ist dringend notwendig, um die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen und ihre Menschenrechte aktiv zu verwirklichen. Der angekündigte Aktionsplan muss unbedingt konkrete Maßnahmen inklusive Zeitplan festlegen, damit er tatsächlich umgesetzt wird und etwas bewirkt.

... muss unter der intensiven Einbeziehung der Betroffenen geführt werden. Gesellschaftliche Teilhabe ernst nehmen heißt, Menschen mit Behinderung auch an politischen Entscheidungsprozessen ebenbürtig zu beteiligen. Dies schließt den selbstverständlichen Zugang zu Ämtern und Mandaten ein. Eine alleinige Beratung im Inklusionsbeirat reicht dabei nicht aus.



... ist ein wichtiges und wertvolles Werkzeug, um Benachteiligungen insbesondere für diejenigen in der Gesellschaft, die unser aller Beistand und Fürsorge bedürfen, anzugehen und abbauen zu können. Er ist sicherlich in einigen Teilen noch lückenhaft, weshalb auch künftig an seiner Weiterentwicklung gearbeitet werden muss.

... ist in manchen Bereichen erfreulich gut, in anderen – beispielsweise, was chronisch Kranke betrifft – noch deutlich ausbaubar. Viele Entscheidungen beruhen noch auf Augenmaß und persönlichen Erfahrungen, aber nur eine wirklich evidente Datenbasis erlaubt die Erarbeitung sinnvoller politischer Maßnahmen.

... ist in Deutschland erfreulich weit vorangeschritten, was ich sehr begrüße. Gleichwohl gibt es noch Gebiete mit deutlichem Verbesserungspotential. Vorrangig zu nennen ist die in dem Bericht bereits offen eingeräumte unzureichende Datenlage. Jeder Fortschritt an dieser Stelle ermöglicht die Entwicklung weiterer Konzepte auf dem Weg zu einer gerechten Teilhabepolitik.

... empfinde ich an dieser Stelle als selten einig – offenkundig sind alle Parteien bemüht, die Lebensqualität der Menschen mit Beeinträchtigungen in diesem Land zu verbessern. Lediglich die Perspektive des Blicks unterscheidet sich je nach politischer Betrachtungsweise; aber das erfrischt eine Debatte und hilft damit sogar, ein am Ende optimiertes Ergebnis zu erzielen.

Rückblick 2020 – Politik in

Wuhan war weit weg. Mehr als 8.000 Kilometer liegen zwischen Deutschland und der chinesischen Metropole, in der im Dezember 2019 eine mysteriöse Lungenkrankheit ausbrach: Covid-19, besser bekannt als „Corona“. Das Virus, das die Erkrankung verursacht, verbreitete sich von China aus um die Welt. Eine Epidemie wurde zur Pandemie, die auch das Leben in Nordrhein-Westfalen und die Arbeit des Landtags verändert hat.

Schon früh hatte sich im Landtag ein Krisenstab gebildet, dem neben Landtagspräsident André Kuper die Vizepräsidentinnen Carina Gödecke, Angela Freimuth und Vizepräsident Oliver Keymis sowie jeweils eine Vertreterin beziehungsweise ein Vertreter der fünf Fraktionen angehören. Auf Grundlage der Empfehlungen von Bundes- und Landesregierung sowie des Robert Koch-Instituts beschlossen sie im Frühjahr u. a., das Besuchsprogramm des Landtags vorerst einzustellen und geplante Veranstaltungen abzusagen, um das Infektionsrisiko und damit die Ausbreitung des Corona-Virus zu minimieren. Plenar- und Ausschusssitzungen fanden weiter statt, allerdings unter Beachtung besonderer Schutzmaßnahmen.

So wurden beispielsweise nur noch die großen Sitzungsräume des Landtags genutzt, um den vorgeschriebenen Abstand zwischen den Anwesenden sicherstellen zu können.

Auf der Tagesordnung des Plenums stand das Thema „Corona“ erstmals am 11. März 2020. Zu diesem Zeitpunkt war Norditalien bereits besonders betroffen. In Deutschland war Nordrhein-Westfalen das Bundesland mit den meisten Corona-Fällen – insbesondere der Kreis Heinsberg. „Wir werden die Krise nicht bewältigen ohne Einschränkungen im öffentlichen Leben“, kündigte Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) an. Sprecherinnen und Sprecher der Opposition sicherten der Landesregierung ihre Unterstützung im Kampf gegen das Virus zu.

Schulen, Kindergärten und Spielplätze wurden ab Mitte März geschlossen, ebenso viele Geschäfte, Kinos, Theater und Freizeitparks, Restaurants, Gaststätten, Fitnessstudios und andere Sporteinrichtungen. Besuche von Angehörigen in Alten- und Pflegeheimen, in Krankenhäusern waren untersagt. Kontakte wurden auf ein Minimum reduziert, um das Infektionsrisiko zu senken. Abstand und Schutzmasken wurden zur Pflicht.

Kurzfristig verständigten sich die Spitzen der fünf Fraktionen auf Vorschlag der Landesregierung darauf, bereits am 24. März 2020 – und damit noch vor dem für den 1. April 2020 geplanten regulären Plenum – zu einer Sondersitzung zusammenzukommen. Einziges Thema: die Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen infolge der Corona-Pandemie.

„Rettungsschirm“

Die Sondersitzung ging in die Geschichte ein: An nur einem Tag beschloss das Parlament einstimmig in drei Lesungen einen Nachtragshaushalt in Höhe von 25 Milliarden Euro. Mit einem Sondervermögen, dem „NRW-Rettungs-

**Halten Sie bitte
mindestens einen
Platz Abstand**



Zeiten von Corona

schirm“, sollten alle direkten und indirekten Folgen der Krise bewältigt werden. Und noch in einer weiteren Hinsicht war die Sitzung außergewöhnlich: Um den Schutzabstand zu garantieren, nahm nur ein Drittel der Abgeordneten teil. Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen dankten den Menschen, die die Versorgung im Land aufrechterhielten, von medizinischem Personal bis zu Verkäuferinnen und Verkäufern. Ihnen spendeten die Abgeordneten stehend Applaus.

Am 14. April 2020 – in der Osterpause – verabschiedete der Landtag in einer Sondersitzung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen in dritter Lesung das sogenannte Epidemie-Gesetz. Im Anschluss stellte der Landtag eine „epidemische Lage von landesweiter Tragweite“ fest. Diese Feststellung war die Voraussetzung dafür, dass das „Epidemie-Gesetz“ angewendet werden konnte. Das Gesetz sieht Regelungen für den Fall vor, dass sich die Lage weiter verschärft. Vor der zweiten Lesung hatten sich die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen auf Änderungen am Entwurf der Landesregierung verständigt.

Über den Kampf gegen die Corona-Pandemie beriet der Landtag in allen folgenden

Sitzungen. Besonders im Blick hatten die Abgeordneten dabei auch die Fleischindustrie. Hintergrund: Mehr als 1.550 Beschäftigte des Schlachtbetriebs Tönnies in Rheda-Wiedenbrück (Kreis Gütersloh) waren im Juni 2020 mit dem Corona-Virus infiziert. Der Standort gilt als größter Schlachthof Europas.

Bis zum Jahresende sollte keine Ausschuss- und Plenarwoche vergehen, in der das Thema „Corona“ nicht auf der Tagesordnung stand. Es ging um besonders betroffene Branchen wie das Gast-, Schausteller- und Veranstaltungsgewerbe, aber auch um die Folgen für Geringverdienende.

„Zweite Welle“ im Herbst

Im Herbst stieg die Zahl der Corona-Infektionen wieder deutlich an. Am 30. Oktober kam der Landtag deshalb erneut zu einer Sondersitzung zusammen. Zuvor hatten sich Bund und Länder auf neue Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie verständigt. Sie galten zunächst bis Ende November. Beschlossen wurden u. a. neue Kontaktbeschränkungen. Gastronomiebetriebe, Kinos, Theater und Sporteinrichtungen mussten vorübergehend schließen. Schulen und Kitas blieben dagegen – anders als während der

ersten großen Infektionswelle im Frühjahr – geöffnet. Die Unterrichtung der Landesregierung trug den Titel „Entscheidende Weichenstellung, entscheidende Wochen – das Virus bekämpfen, Nordrhein-Westfalen stärken“. Im Anschluss an die Diskussion stellte der Landtag auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen erneut eine „epidemische Lage von landesweiter Tragweite“ fest. Die AfD-Fraktion enthielt sich.

In der Plenarsitzung am 26. November kündigte Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) eine Verlängerung des sogenannten Teil-Lockdowns an – mit weiteren Kontaktbeschränkungen und einer Ausweitung der Maskenpflicht. Die Kontaktbeschränkungen sollten über Weihnachten und Silvester aber gelockert werden. Weitere Themen der Plenartage im November waren u. a. Hilfen für die vom Teil-Lockdown betroffenen Unternehmen und der Schulunterricht in Corona-Zeiten.

Am 15. Dezember unterrichtete der Ministerpräsident den Landtag über die von Bund und Ländern beschlossenen weiteren Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Der bundesweite Lockdown trat einen Tag später in Kraft. Die zunächst geplanten Lockerungen über Weihnachten und Silvester wurden teilweise zurückgenommen.

zab

Foto: Schälte

Rückblick 2020 – Die weiter

Januar

Die Landesregierung unterrichtet das Parlament über die Einigung von Bund und Ländern zum Kohleausstieg. Spätestens 2038 soll Schluss sein mit der Stromgewinnung aus Kohle. Eine kontroverse Diskussion schließt sich an. Der Landtag setzt zwei neue Enquetekommissionen ein. Sie widmen sich den Themen „Einsamkeit“ (auf Antrag der AfD-Fraktion) sowie „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe.“ (auf Antrag der FDP-Fraktion). In einer Aktuellen Stunde debattieren die Abgeordneten über Hass und Hetze u. a. gegen Kommunalpolitikerinnen und -politiker. Der Landtag gedenkt mit einer bewegenden Veranstaltung der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau vor 75 Jahren.

Februar

In einer Aktuellen Stunde geht es um die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen. Dort hatte sich der FDP-Politiker Thomas Kemmerich mithilfe der AfD zum Ministerpräsidenten wählen lassen. Er trat wenig später wieder zurück. Auf Einladung von André Kuper, dem Präsidenten des Landtags, nehmen rund 500 Schülerinnen und Schüler am ersten „Jugendmedientag“ im Landesparlament teil.

März

Der Landtag debattiert in Aktuellen Stunden über den Zustand von Schulgebäuden und die Personalsituation in Kindertagesstätten.

April

Verzögerungen beim Neubau der Leverkusener Rheinbrücke stehen im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde.

Mai

Sexuelle Gewalt an Kindern ist Thema einer Unterrichtung der Landesregierung mit anschließender Debatte. Hintergrund ist die Einrichtung einer neuen Stabsstelle im Innenministerium. In einer Aktuellen Stunde debattieren die Abgeordneten über Gewalt gegen Polizeikräfte sowie den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und den Abbau im Rheinischen Revier. Der Landtag beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP den Verkauf der WestSpiel-Gruppe und damit die Privatisierung der landeseigenen Spielbanken in Aachen, Bad Oeynhausen, Dortmund und Duisburg.

Juni

Der Landtag gedenkt der Opfer der Loveparade-Katastrophe in Duisburg vor zehn Jahren und beschließt u. a. einstimmig, den bisherigen Soforthilfe-Fonds für Opfer und Angehörige weiterzuführen oder einen ergänzenden Hilfsfonds einzurichten. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP verabschiedet der Landtag das Gifttiergesetz der Landesregierung. Es sieht

ein Haltungsverbot von sehr giftigen Tieren für Privatpersonen und Gewerbetreibende vor. Das Parlament stimmt für die Aufnahme eines Europabezugs in die Landesverfassung. Die Pläne von „Galeria Karstadt Kaufhof“, Filialen in den Innenstädten zu schließen, sind Thema einer Aktuellen Stunde.

Juli

Bis zum Ende der Sommerpause bietet der Landtag ein Informationsangebot für Bürgerinnen und Bürger unter freiem Himmel an – unter Wahrung der coronabedingten Abstands- und Hygieneregeln.

August

Während einer Aktuellen Stunde debattieren die Abgeordneten über die angespannte Lage beim Essener Stahlkonzern ThyssenKrupp.

September

Der Landtag berät über Strategien zur Bekämpfung von Rechtsextremismus bei der Polizei: Hintergrund ist die Enttarnung von fünf rechtsextremen Chatgruppen, an denen Polizistinnen und Polizisten aus dem Zuständigkeitsbereich des Präsidiums Essen beteiligt gewesen sein sol-



en Themen des Jahres

07 Mo 50. KW
08 Di
09 Mi

len. Die Situation der Flüchtlinge auf der griechischen Insel Lesbos und der Hackerangriff auf die Düsseldorfer Uniklinik sind Themen von Aktuellen Stunden. Der Landtag beteiligt sich mit der „Aktion Wunsch-Stein“ am Weltkindertag. Der Nachwuchs hatte bemalte und mit Wünschen versehene Steine zum Parlament gebracht.

Oktober

Der Landtag berät in 1. Lesung den Haushaltsentwurf der Landesregierung für das Jahr 2021. Die Landesregierung stellt in einer Unterrichtung ihren Entwurf einer Leitentscheidung für das Rheinische Revier vor. Die Leitentscheidung ist die gesetzliche Grundlage für den Braunkohleabbau in Nordrhein-Westfalen. Die Enquetekommission I legt ihren Abschlussbericht vor. Sie hatte sich mit der „Digitalen Transformation der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen“ befasst. In einer Aktuellen Stunde geht es um Rechtsextremismus bei der Polizei und in anderen Sicherheitsbehörden. Der Landtag gedenkt des am 27. September 2020 verstorbenen ehemaligen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement.

November

Die geplante Streichung von 11.000 Stellen bei ThyssenKrupp, die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie und Strategien gegen den islamistischen Terror sind Themen Aktueller Stunden. Beim Architektenwettbewerb für das geplante Erweiterungsgebäude des Landtags wird das Büro Schulz und Schulz aus Leipzig zum Sieger gekürt.

Dezember

Der Landtag beschließt in 3. Lesung den Haushalt für das Jahr 2021. Er hat ein Volumen von rund 84 Milliarden Euro. Der Landtag stimmt einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen zu, an die 1.700-jährige Geschichte des Judentums nördlich der Alpen zu erinnern. Die Landesregierung solle gemeinsam mit den Organisatoren Projekte zum Festjahr 2021 entwickeln und fördern. zab

Die Arbeit der Abgeordneten

Plenum	
Plenarsitzungen	35
Behandelte Tagesordnungspunkte	518
Aktuelle Stunden	27
Eingebrachte Gesetzentwürfe	48
Beschlossene Gesetze	34
Anträge zur Plenarbefassung	285
Ausschüsse	
Gesamtzahl der Sitzungen	443
Davon Sachverständigenanhörungen	165
Enquetekommissionen	
Zahl der Sitzungen	57
Anfragen	
Kleine Anfragen	1467
Mündliche Anfragen	32
Große Anfragen	12
Drucksachen	
Gesamtzahl	3786

Stand: 17. Dezember 2020



Foto: Schälte



AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

Corona-Lockdown: Jetzt schnell, klar und konsequent handeln

Nordrhein-Westfalen hat bereits vor den Gesprächen der Länderchefs mit der Bundeskanzlerin für einen entschlossenen Lockdown noch vor Weihnachten plädiert und sich für eine bundeseinheitliche Lösung eingesetzt. Damit hat NRW ein klares, wirksames Signal gesetzt.



Bodo Löttgen (CDU)
Foto: CDU-Fraktion NRW

Angesichts des neuen Rekordstands bei den Corona-Infektionen sind schärfere Einschränkungen des öffentlichen Lebens unumgänglich. Wir konnten aktuell zu keinem anderen Urteil kommen: Wir mussten jetzt handeln – schnell, klar und konsequent. Wir brauchen den harten Lockdown, um für 2021 wieder eine Perspek-

tive zu haben. Es ist das unmissverständliche Signal an alle: Wir müssen jetzt alle für einige Zeit gemeinsam auf Liebgewonnenes und Gewohntes verzichten, um das Wichtigste zu bewahren – das Leben unserer Nächsten und Liebsten.

Noch haben wir es selbst in der Hand, zumal es mit dem Corona-Impfstoff perspektivisch Hoffnung auf Normalität gibt. Angesichts der täglichen Erhöhung der Infektions- und Todeszahlen ist es das Gebot der Stunde, Kontakte jetzt zu reduzieren, wo es nur geht – auch und besonders, um unsere Familien und Ältere oder Schwächere zu schützen. Sicherlich

ist ein Lockdown mit spürbaren Einschränkungen jedes Einzelnen sowie der Wirtschaft oder der Gastronomie verbunden, dessen ist sich die Politik sehr bewusst. Aber wir mussten jetzt handeln und nicht erst zum Jahresende.

Weihnachten wird dieses Jahr ein anderes sein. Auch wenn die Maßnahmen an den drei Feiertagen zulassen, dass wir engste Familienmitglieder sehen können, müssen wir alle verantwortungsvoll bleiben. Deshalb der Appell an uns alle: So viele Kontakte vermeiden wie möglich. Auch und gerade, damit wir alle ein schönes Weihnachten verbringen können.



Zweite Ausgabe: Magazin #SozialerFortschritt

2020 hat uns gezeigt: Ohne Solidarität ist die Corona-Pandemie nicht zu bewältigen. Zusammenhalt ist das, was Nordrhein-Westfalen durch die Krise bringt – auch wenn alles anders kommt als geplant. Die SPD im Landtag will deshalb diejenigen, die diesen Zusammenhalt im Alltag sichern, noch stärker in den Fokus rücken.



Der Fraktionsvorsitzende Thomas Kutschaty erklärt: „Ich habe in diesem Jahr der Pandemie viele Menschen kennengelernt, die uns tagtäglich mit ihrer Arbeit durch die Krise bringen. Dafür gab es Applaus in den Parlamen-

ten; von der Landesregierung ansonsten nichts. Wir zeigen mit unseren Ideen im Landtag: Es geht auch anders.“

Erzieher, Beschäftigte im Einzelhandel, Eltern, Kranken- oder Altenpflegerinnen, LKW-Fahrer und viele andere sogenannte Systemrelevante brauchen wirkliche Anerkennung, damit nach der Krise der Neustart gelingen kann. „Wir setzen auf den Aufbruch. Das Aufstiegsversprechen muss in Nordrhein-Westfalen endlich wieder gelten“, so Kutschaty.

Die SPD-Fraktion im Landtag NRW zeigt in der neuen Magazinausgabe, dass diese Per-

spektive ihre Arbeit antreibt. Der Alltag steht im Mittelpunkt. Thomas Kutschatys Blick in die Zukunft ist hoffnungsvoll: „Die Geschichten der Menschen in diesem Magazin machen klar, dass Nordrhein-Westfalen eine bessere Zukunft verdient hat! Daran arbeiten wir mit unseren parlamentarischen Initiativen in jeder Plenarwoche.“

Das Magazin #SozialerFortschritt finden Sie digital auf der Website der SPD-Fraktion NRW (oder via QR-Code).



NRW-Koalition setzt sich für Verbraucherrechte in der Corona-Krise ein

Wenn der Flug ausfällt oder eine Bahnreise nicht stattfindet, haben Verbraucher Anspruch auf Ersatz oder Erstattung. Allerdings besteht dabei akuter Handlungsbedarf. „Bis heute gibt es leider Kundinnen und Kunden, die auf die Erstattung von Tickets aus dem Frühjahr warten. Aber bei allem Verständnis für die Herausforderungen der Pandemie: Auch in Corona-Zeiten muss der Verbraucherschutz garantiert werden“, betont Stephan Haupt, Sprecher der FDP-Landtagsfraktion für Verbraucherschutz. Jetzt hat der Landtag auf Initiative von FDP und CDU Maßnahmen beschlossen, um Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen zu stärken.



Stephan Haupt (FDP)

Ein zentraler Bestandteil ist die gezielte Unterstützung der Verbraucherzentrale NRW und der Ausbau von Beratungsangeboten. Durch die enge Kooperation mit der NRW-Koalition ist die erfolgreiche Flugärger-App entstanden, die bereits mehr als 70.000 Mal heruntergeladen wurde. Verbraucherinnen und Verbraucher können damit schnell und unkompliziert überprüfen, ob

ihnen Entschädigungsansprüche infolge von Flugausfällen oder -verspätungen zustehen.

Denn gerade bei Flugreisen warten viele Menschen noch auf Entschädigungen für abgesagte Flüge. „Insbesondere Unternehmen, die Hilfen aus staatlichen Rettungsschirmen erhalten haben, müssen Verbraucherrechte un-

eingeschränkt wahren. Wir fordern daher alle Fluggesellschaften erneut dazu auf, Entschädigungsansprüche ihrer Kunden verbraucherfreundlich zu bedienen“, bekräftigt Haupt.

Die Deutsche Bahn hingegen hat ihren Kunden in der ersten Jahreshälfte großzügige Kulanzangebote gemacht. „Wir würden es sehr begrüßen, wenn ähnliche Lösungen auch jetzt praktiziert werden können. Wir werden es daher überprüfen, ob die Flugärger-App weiterentwickelt werden und ob automatisierte Entschädigungssysteme eingesetzt werden können“, erklärt Haupt.



Haushalt 2021 – Jetzt in die Zukunft investieren

Die Corona-Pandemie hat massive wirtschaftliche Folgen – es gilt, eine schwere Rezession mit allen Mitteln zu verhindern. Aber auch die Klimakrise und der Sanierungsstau in der Infrastruktur des Landes erfordern entschiedene Investitionen. Der Ausgabenstau bei der Digitalisierung und bei der Verkehrswende hemmt unser Land. Es ist allerhöchste Zeit für eine Investitionsoffensive für ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen. Doch statt einer mutigen Investitionspolitik findet sich im Haushaltsentwurf der Landesregierung eine Investitionsquote, die nur hinter dem Komma steigt.

Dies ist unverzüglich, denn seit 2017 konnte sich die Regierung Laschet Jahr für Jahr über steigende Steuereinnahmen freuen. Im Haushalt für das Jahr 2020 waren etwa 10 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen eingeplant



als im letzten rot-grünen Haushalt 2017. Statt diese Steuermehreinnahmen gezielt für nachhaltige Investitionen wie etwa für Infrastruktur und Klimaschutzmaßnahmen zu nutzen, wurde der Haushalt durch verpuffende Ausgaben wie fragwürdige Heimatprojekte und über 800 Stellen in der Ministerialbürokratie aufgebläht.

Die Grünen Landtagsfraktion schlägt einen Grünen Zukunftspakt NRW vor, der nachhaltige

Investitionen vorsieht und damit Konjunkturimpulse in Verbindung mit der Bewältigung der Klimakrise setzt. Hierzu haben wir zahlreiche konkrete Änderungsanträge vorgelegt. Darin fordern wir umfangreiche Investitionen in Radwege, in Schulinfrastruktur, in die Digitalisierung unserer Hochschulen, in Studierendenwohnheime, in eine klimaneutrale Landesverwaltung sowie in den Klimaschutz in den nordrhein-westfälischen Kommunen. NRW würde zum Konjunkturmotor in der Corona-Pandemie werden und zeitgleich die Bekämpfung der Klimakrise forcieren.



Das Corona-Jahr: Rückblick und Hoffnung auf die Zukunft



Ein denkwürdiges Jahr geht zu Ende. Ein Jahr, das das gesellschaftliche Leben in einem Maße verändert hat, wie man es sich kaum vorstellen konnte. Verursacher ist ein Virus, das Anfang des Jahres auftauchte und seitdem nicht nur die Schlagzeilen, sondern unseren gesamten Alltag beherrscht. Zu Recht? Über diese Frage scheiden sich die Geister, denn noch immer ist die Faktenlage erschreckend dünn. Dass Menschen an Covid-19 sterben, ist unstrittig; aber ob die massiven Eingriffe in unsere Freiheitsrechte, die erhebliche und nachhaltige Schädigung unserer Wirtschaft und viele andere Maßnahmen wirklich gerechtfertigt und vor allem zielführend sind, darf und muss hart-

näckig hinterfragt werden. Auch der neuerliche harte Lockdown, der uns ein Weihnachten und ein Silvester beschert, wie wir es seit Bestehen der Bundesrepublik noch nicht erleben mussten und der zudem Zigtausende von Existenzen bedroht, ist eher Ausdruck politischer Hilflosigkeit als Ergebnis evidenter, wissenschaftlich gesicherter Fakten. Statt gezielt und konsequent Risikogruppen zu schützen, wird ein ganzes Land lahmgelegt; mit unabsehbaren Folgen.

Und doch möchten wir mit Optimismus und Zuversicht auf das kommende Jahr schauen. Die Kraft und die Besonnenheit der Bürger haben schon manche Krise besser lösen können als politische Panikreaktionen und ganz sicher besser als der Zickzack-Kurs der vergangenen Monate. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, die Dinge – egal, in welchem Bereich – mit

Augenmaß und Vernunft zu betrachten und damit einer Politik des ideologischen Aktionismus entgegenzutreten.

Das Virus wird, jedem Lockdown zum Trotz, nicht einfach wieder verschwinden. Es ist unsere Aufgabe als Fraktion im Landtag NRW, das für uns Mögliche zu tun, die Folgen dieser Krise so wenig schädlich wie möglich zu halten. Zögern Sie bitte nicht, uns dabei mit Anregungen und Erfahrungsberichten zu unterstützen. Wir wünschen Ihnen frohe Festtage und ein erfolgreiches, vor allem aber gesundes neues Jahr 2021.



Blickwinkel auf die Corona-Pandemie –

7. Dezember 2020 – Zum dritten Mal hat der Landtag das „Pressefoto des Jahres“ gekürt. Der Präsident des Landtags, André Kuper, zeichnete die Sieger während einer Online-Veranstaltung aus dem Parlamentsgebäude aus. Beherrschendes Thema des diesjährigen Wettbewerbs für Fotojournalistinnen und -journalisten war die Corona-Pandemie.

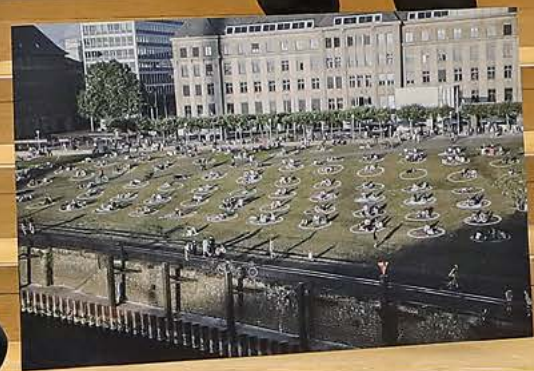


Andreas Bretz erhielt den Sonderpreis „Demokratie vor Ort“. Unten zu sehen ist sein Bild vom Düsseldorf Rheinufer – Platz 3 im Wettbewerb.



Kerstin Kokoska belegte mit ihrem Bild zum Freitagsgebet in Corona-Zeiten Platz 2.

Foto: Schälte



Den ersten Preis belegte Lars Berg aus Münster, der im Auftrag der Bild-Zeitung im März den Besuch einer Mutter und ihrer Tochter bei der Oma im damals von der Pandemie besonders betroffenen Kreis Heinsberg fotografiert hatte. Die Familienmitglieder sind coronabedingt durch eine Glasscheibe getrennt.

Auf den zweiten Platz wählte die Jury ein Foto von Kerstin Kokoska von der Funke Mediengruppe. Das Bild zeigt die Übertragung einer Freitagspredigt ins Internet – ebenfalls

aufgrund der Corona-Pandemie. Platz drei belegte Andreas Bretz von der Rheinischen Post. Er hatte eine Wiese am Düsseldorfer Rheinufer fotografiert, auf der Kreise zum Abstandhalten eingezeichnet sind.

Sonderpreis „Demokratie vor Ort“

Andreas Bretz erhielt auch den Sonderpreis, der in diesem Wettbewerbsjahr den Titel „Demokratie vor Ort“ trug. Sein Bild zeigt

den Moment, als der bei der Kommunalwahl unterlegene Düsseldorfer Oberbürgermeister Thomas Geisel dem Sieger Dr. Stephan Keller gratuliert. Der Nachwuchspreis ging an Marcel Kusch von der Nachrichtenagentur dpa: Er fotografierte ein Fußballspiel mit nackten Spielern – eine Protestaktion gegen die Kommerzialisierung des Sports.

Die Jury wählte zudem 30 weitere Fotos aus, die gemeinsam mit den fünf prämierten Bildern im Landtag gezeigt wurden.

Das „Pressefoto des Jahres 2020“

Der Präsident des Landtags, André Kuper, übergab am 7. Dezember 2020 die Preise im Landtag.

Der Sieger des diesjährigen Wettbewerbs, Lars Berg, mit seinem Foto vom Familienbesuch in Corona-Zeiten.

Der Nachwuchspreis ging an Marcel Kusch für sein Foto von einem Nackt-Fußballspiel. Der Preisträger nahm per Videozuschaltung an der Preisverleihung teil.



Der Präsident des Landtags, André Kuper, sagte: „Dieses Jahr hat uns viel abverlangt: jedem persönlich, aber auch uns als Gesellschaft und unserer Demokratie. Die Bilder des NRW-Pressfotos 2020 erzählen die Geschichten des Jahres: von Abstand halten, von Einsamkeit und vom Kampf gegen die Krankheit, aber auch von Kreativität und Mut. Jedes Bild sagt mehr als tausend Worte. Dass die Pandemie diesen Wettbewerb prägen würde, war zu erwarten. Gleichwohl überrascht

es, wie vielfältig, kreativ und auch bewegend die Fotografinnen und Fotografen das Thema begleitet haben. Das NRW-Pressfoto des Jahres soll ihre Arbeit würdigen. Und diese Arbeit war im Jahr 2020 wichtiger denn je: Für Fotojournalistinnen und Fotojournalisten gibt es kein Homeoffice. Sie waren vor Ort und berichteten jenen, die zu Hause blieben. Vergessen wir dabei nicht: Für viele Fotografinnen und Fotografen ist es auch ein wirtschaftlich schweres Jahr.“

Am diesjährigen Wettbewerb hatten sich 107 Fotojournalistinnen und -journalisten mit insgesamt 446 Bildern beteiligt. Mit Unterstützung der Stiftung Kunst, Kultur und Soziales der Sparda-Bank West wurden Preisgelder in Höhe von insgesamt 22.000 Euro vergeben. Alle Fotos entstanden zwischen November 2019 und Oktober 2020. *red*

Ein Video zum Wettbewerb und zur Preisverleihung finden Sie unter www.landtag.nrw.de.

Eine Kommission im Einsatz für

Dezember 2020 – Die Kinderschutzkommission des Landtags Nordrhein-Westfalen besteht seit einem Jahr. Im Interview mit Landtag Intern berichten die Vorsitzende Britta Altenkamp (SPD) und der stellvertretende Vorsitzende Jochen Klenner (CDU) über Aufgaben und Ziele der Kommission.

Frau Altenkamp, Herr Klenner, die Kinderschutzkommission wurde vor einem Jahr eingesetzt. Welche Rolle spielten dabei die Missbrauchsfälle im ostwestfälischen Lügde, wo auf einem Campingplatz Kindern jahrelang sexuelle Gewalt angetan wurde?

Britta Altenkamp: Ausgangspunkt waren in der Tat die Missbrauchsfälle in Lügde. Insbesondere dem Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie war aber sehr schnell klar, dass man bei diesem Thema mehr in die Tiefe gehen muss. Dass es nicht nur um Missbrauch geht, sondern auch um Verwahrlosungssituationen und die Rechtsstellung von Kindern generell. Deshalb sprechen wir in der Kommission über alle Themen, die den Kinderschutz betreffen.

Jochen Klenner: Das kann ich unterstreichen. Das Besondere am Einsetzungsbeschluss ist die Beständigkeit. Die Kommission soll, anders als Untersuchungsausschüsse oder Enquetekommissionen, dauerhaft arbeiten und nicht mit der Wahlperiode

enden. Das zeigt auch die Wertschätzung aller Fraktionen für diese Arbeit. Wir alle haben gesagt, dass Lügde der letzte Fall sein muss, nach dem klar ist, dass nicht mehr zur Tagesordnung übergegangen werden darf.

Können Sie sich an Ihre erste Reaktion erinnern, als die Missbrauchsfälle von Lügde bekannt wurden?

Britta Altenkamp: Ich war fassungslos, dass ein Kind schon länger bei einem älteren Mann, mit dem es nicht verwandt war, als Pflegevater auf dem Campingplatz lebte. Ich habe nicht verstanden, dass so etwas möglich war.

Jochen Klenner: Die Dimension von Lügde, die Zahl der Opfer – das ist natürlich etwas, auf das man guckt. Aber jeder einzelne Fall ist dramatisch und schlimm. In Lügde war es zudem ein langer Zeitraum, in dem der Missbrauch möglich war. Kinder müssen im Schnitt sieben

Mal um Hilfe rufen, also Erwachsene oder Institutionen ansprechen, bis sie wirklich Hilfe bekommen. Das ist eigentlich unvorstellbar. Wir wollen dafür sorgen, dass diese Signale besser erkannt werden und sprechen deshalb zum Beispiel mit Ärzten und Erziehern.

„Ganzheitliche Betrachtung“

Welche Ziele verfolgt die Kommission?

Jochen Klenner: Wie gesagt, es geht nicht allein um Missbrauch, sondern zum Beispiel auch um Prävention. Wichtig ist eine ganzheitliche Betrachtung der Dinge.

Britta Altenkamp: Der Kinderschutz muss bei allen staatlichen Institutionen einen ganz hohen Stellenwert erhalten. Man sollte davon ausgehen, dass das zum Beispiel bei Jugendämtern selbstverständlich ist. Wir erleben aber auch in der Kinderschutzkommission, dass in diesem Punkt die Kindzentriertheit verloren geht. Es geht auch darum, welchen Stellenwert Polizei und Justiz dem Kinderschutz einräumen. Das Wohl des Kindes muss bei allen Fragen im Vordergrund stehen.

Welche Rolle spielt das Internet?

Britta Altenkamp: In den sozialen Medien gibt es Plattformen, auf denen Täter sich an Kinder heranmachen, um sie zu missbrauchen. Sie geben ihnen zunächst das Gefühl: Da ist endlich jemand, der mich sieht und versteht. Das erleben wir in der analogen Welt zwar auch, aber bei den sozialen Medien ist es ganz gut nachzuverfolgen. Es gibt Netzwerke, in denen Missbrauchsabbildungen getauscht werden.

Sie sprechen von „Missbrauchsabbildungen“, nicht von „Kinderpornografie“.

Jochen Klenner: Uns beiden gefällt der Begriff „Kinderpornografie“ nicht. Ich glaube, den anderen Mitgliedern der Kommission gefällt er auch nicht.

Britta Altenkamp: Wir halten dieses Wort für verharmlosend, weil hinter jeder Abbildung eine konkrete Tat steht.

Jochen Klenner: Natürlich wollen diejenigen, die von „Kinderpornografie“ sprechen, nichts beschönigen. Aber vielleicht ist es ein Anfang, wenn man die Dinge anders benennt und auch die Strafen bei diesen Delikten erhöht.

Was können Menschen tun, wenn sie den Verdacht haben, dass ein Kind möglicherweise Opfer sexueller Gewalt ist?

Britta Altenkamp (SPD)



den Kinderschutz

Jochen Klenner: Man sollte Menschen ansprechen, die sich damit auskennen. Ich weiß, dass viele Angst haben, denn es ist ja auch ein schlimmer Verdacht. Tue ich dem Erzieher, dem Sporttrainer vielleicht Unrecht? Es gibt flächendeckend Vereine wie „Zartbitter“ oder „Zornröschen“, an die man sich wenden kann, ohne dass es sofort zu einer Anzeige kommt. Sie haben die Erfahrung und können die Sache gut beurteilen. Wir arbeiten daran, dass dieses Netz der Hilfe bekannter wird.

Britta Altenkamp: Ich bin grundsätzlich der Auffassung, dass man alle Hinweise erstmal ernst nehmen muss. Es ist ganz wichtig, dass man Kindern zuhört und dann zu verstehen versucht, was sie gerade zum Ausdruck bringen wollen. Leider gibt es viele Kinder, denen niemand richtig zuhört. Unsere Gesellschaft muss sensibler dafür werden, in welche Notlagen Kinder geraten können. Aber man muss zusehen, dass die Hinweise dann möglichst schnell bei denen sind, die sie sortieren können.

„Wahnsinnige Menge Input“

Die Kommission hat bisher neun Mal getagt. Gab es Situationen in den Sitzungen, die Ihnen besonders nahegingen?

Britta Altenkamp: Mir geht es jedes Mal sehr nahe, wenn der Betroffenenbeirat berichtet. Die Mitglieder waren selbst Opfer sexualisierter Gewalt oder sexuellen Missbrauchs und sind zu allen unseren Anhörungen eingeladen. Sie engagieren sich sehr dafür, dass bestimmte Dinge, die ihnen passiert sind, Kindern heute erspart bleiben.

Jochen Klenner: Wir gehen nicht intensiv auf die Einzelfälle ein, wir sind ja kein Gericht. Die bewegendsten Momente sind nicht die besonders abscheulichen Schilderungen von Missbrauch oder Misshandlungen. Mich persönlich bewegt, wie jemand damit umgeht, wie Betroffene selbst Kraft darin finden, sich jetzt für andere einzusetzen. Wenn man das sieht, ist das auch für uns ein Ansporn. Das ist für mich viel bewegender als irgendwelche Schilderungen, die bei uns aber auch gar nicht stattfinden sollen. Uns geht es um Strukturen.

Ein Jahr Kinderschutzkommission – können Sie eine Zwischenbilanz ziehen? Kann man sagen, was sich ändern muss?

Britta Altenkamp: Das ist schwierig. Auf der einen Seite haben wir eine wahnsinnige Menge an Input bekommen, andererseits haben uns die Sachverständigen nicht ge-

sagt: Ihr müsst nur das und das ändern, dann ist schon alles klar. Kinderschutz ist dafür zu komplex. Ich glaube aber, dass es richtig war, die Kinderschutzkommission aus der unmittelbaren Arbeit des Untersuchungsausschusses herauszunehmen und sie zu einer verstetigten Einrichtung zu machen. Die Einrichtung der Kommission und die Diskussionen, die wir führen, haben meiner Meinung nach erkennbar zu einer größeren Sensibilität geführt – zum Beispiel in der Medienbegleitung unserer Arbeit.

Jochen Klenner: Die Kinderschutzkommission ist als Institution schon ein Signal. Sie ist beständig da, es wird über sie gesprochen. Ich finde auch die Art und Weise, in der wir gemeinsam arbeiten, sehr gelungen. Im Mittelpunkt stehen die Kinder, politische Schaukämpfe werden nicht geführt. Das ist sehr angenehm. Im Gegensatz zu einer Enquetekommission, an deren Ende ein Riesenschlussbericht steht, wollen wir immer wieder auch mal kleinere Dinge herausgeben und den Ausschüssen des Landtags oder auch dem Bund zuliefern.

*Das Interview führte
Michael Zabka*

Die Kommission

Die Kinderschutzkommission wurde auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen eingerichtet. Der entsprechende Beschluss erfolgte einstimmig in der Plenarsitzung am 15. November 2019. Bei der Kommission handelt es sich um einen Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend. Die konstituierende Sitzung war am 18. Dezember 2019. Die Kommission hat 13 Mitglieder. Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss befasst sich zudem mit dem „Vorgehen der nordrhein-westfälischen Landesregierung sowie der Ermittlungsbehörden und Jugendämter im Fall des Verdachts des vielfachen sexualisierten Kindesmissbrauchs auf einem Campingplatz in Lügde“. Mitte Dezember legte die Kinderschutzkommission ihren ersten Jahresbericht vor (Vorlage [17/4331](#)).

Fotos: Schälte

Jochen Klenner (CDU)





AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Foto: Schälte

Corona und Schulen

2.12.2020 – Schulministerin [Yvonne Gebauer](#) (FDP) hat aktuelle Zahlen zu Corona-Infektionen an Schulen vorgestellt. Zum Stichtag einer am 25. November 2020 durchgeführten Umfrage habe es rund 695 bestätigte Fälle unter Lehrerinnen und Lehrern sowie rund 4.800 Fälle unter Schülerinnen und Schülern gegeben, sagte Gebauer im Ausschuss für Schule und Bildung. Rund 94 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer seien im Dienst gewesen, rund 96 Prozent aller Schülerinnen und Schüler hätten am Präsenzunterricht teilgenommen. Im Vergleich zur Vorwoche habe es eine leichte Verbesserung gegeben. Schulen seien „nach wie vor keine Infektionsherde“. [Sigrid Beer](#) (Grüne) kritisierte, die Zahlen spiegelten „kein realistisches Belastungsbild“ von Lehrerinnen und Lehrern wider, die durch die Pandemie stark beansprucht seien. [Petra Vogt](#) (CDU) dankte der Ministerin dafür, dass sie am Präsenzunterricht festhalte und Kinder weiterhin zur Schule gehen könnten. [Helmut Seifen](#) (AfD) sagte, die Zahlen belegten, dass es richtig gewesen sei, Schulen im Teil-Lockdown nicht zu schließen. [Jochen Ott](#) (SPD) verwies auf Fälle in Köln, in denen Schulen durch die Bezirksregierung die Möglichkeit genommen worden sei, Unterricht durch flexible Anfangszeiten zu entzerren. [Franziska Müller-Rech](#) (FDP) begrüßte ein einheitliches Vorgehen von Bund und Ländern, um Schulen so lange wie möglich offenzuhalten.

IT-Sicherheit

9.12.2020 – Sachverständige haben sich in einer Anhörung des Wissenschaftsausschusses zum Ausfall des IT-Systems an der Universitätsklinik Düsseldorf geäußert. Grund des Ausfalls war ein Hackerangriff, der im September zu tagelangen Einschränkungen geführt hatte. So wurde die Klinik von der Notfallversorgung abgemeldet. Operationen mussten verschoben sowie Patientinnen und Patienten abgewiesen werden. Grundlage der Anhörung war ein Be-

richt des Landeswissenschaftsministeriums ([17/3934](#)). Demnach hatten die Hacker eine Sicherheitslücke in einer „marktüblichen und weltweit verbreiteten kommerziellen Software“ genutzt, um das Serversystem der Klinik zu infiltrieren. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) warnte in einer Stellungnahme für die Anhörung, die Lage der IT-Sicherheit sei „nach wie vor ernst und spitzt sich weiter zu“. Die Anzahl und Qualität der Cyberangriffe auf staatliche und zivile Ziele habe „signifikant“ zugenommen. Auch die Kritischen Infrastrukturen seien verstärkt im Fokus der Angreifer.

Unfall auf der A 3

9.12.2020 – Der Verkehrsausschuss hat sich erneut mit dem Unglück auf der A 3 bei Köln vom 13. November 2020 befasst. Dort war ein Betonteil einer Stützwand auf einen vorbeifahrenden Pkw gestürzt. Die 66-jährige Fahrerin starb noch an der Unfallstelle. Ursächlich war eine mangelhafte Verankerungskonstruktion durch die Baufirma. Laut einem Bericht des Verkehrsministeriums ([17/4369](#)) könnten nach neuen Erkenntnissen „Versäumnisse innerhalb der Prüf- und Abnahmeprozesse“ des Landesbetriebs Straßen NRW „wenigstens mitursächlich“ für das Unglück gewesen sein. Demnach ist die „nicht richtlinienkonforme Befestigung einiger Lärmschutzelemente der örtlich zuständigen Bauüberwachung des Landesbetriebs bekannt gewesen“. Und weiter: „Ohne Vorlage eines entsprechenden statistischen Nachweises wurden die Lärmschutzelemente in der Nacht vom 27. auf den 28. August 2008, dem Tag der Verkehrsfreigabe, eingebaut.“ Die Abnahme der Baumaßnahme sei „unter Vorbehalt“ erfolgt. Aus dem Bericht geht weiter hervor, dass der Landesbetrieb bis November 2008 die Baufirma mehrmals auf die baulichen Abweichungen aufmerksam gemacht hat. Verkehrsminister [Hendrik Wüst](#) (CDU) sagte in der Sitzung, es sei „zweifelsfrei eine Reihe von Fehlern passiert, die nicht hät-

ten passieren dürfen“. Nach jetzigem Stand sei nach November 2008 nichts mehr durch den Landesbetrieb veranlasst worden. Der Grund dafür sei unklar. Das Ministerium lasse nun u. a. durch ein externes Gutachten klären, ob es sich um eine „Verkettung individueller Fehler und Versäumnisse“ gehandelt habe oder ob ein generelles Defizit beim Landesbetrieb vorliege. Sprecher aller Fraktionen äußerten ihre Bestürzung über das tragische Unglück. [Carsten Löcker](#) (SPD) betonte, die offenen Fragen müssten beantwortet werden. [Klaus Vossemer](#) (CDU) ergänzte, dass sich ein solches Unglück nicht wiederholen dürfe und dankte dem Minister für die transparente Berichterstattung. [Ulrich Reuter](#) (FDP) betonte, aus dem Unglück müssten Konsequenzen gezogen werden. So etwas dürfe nie mehr passieren, sagte [Andreas Keith](#) (AfD).

Wasserstoff

9.12.2020 – Wirtschafts- und Energieminister [Prof. Dr. Andreas Pinkwart](#) (FDP) hat die Pläne der Landesregierung für die Weiterentwicklung von Wasserstofftechnologien in Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Grundlage dazu war die „Wasserstoff Roadmap“ der Landesregierung (Vorlage [17/4143](#)). Wasserstoff komme bei der Energiewende eine besondere Rolle zu, um die Industrie bis zum Jahr 2050 auf eine klimaneutrale Produktion umzustellen, sagte Pinkwart im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung. Dies stelle hohe Anforderungen an Unternehmen etwa der Chemie-, Mineralöl- und Stahlindustrie sowie an eine klimafreundliche Beschaffung und Produktion von Wasserstoff. Laut Roadmap sollen bis 2025 u. a. die ersten rund 100 Kilometer eines Wasserstoff-Pipeline-Netzes installiert und 500 mit Wasserstoff betriebene Busse im Öffentlichen Nahverkehr im Einsatz sein. Bis 2025 soll es zudem 60 Wasserstofftankstellen für Pkw geben; in Duisburg soll die erste große Anlage zur Erzeugung von Stahl auf Basis von Wasserstoff entstehen.

Porträt: Matthi Bolte-Richter (Grüne)



„Die Wehrmachtausstellung hat mich in die Politik gebracht“, sagt Matthi Bolte-Richter. „Um die 1.000 Neonazis“ seien angereist, als die Dokumentation der Verbrechen und des Vernichtungskriegs der deutschen Armee im Frühjahr 2002 in seiner Heimatstadt Bielefeld gezeigt wurde, erinnert sich der Landtagsabgeordnete. „Ich habe gegen die Rechtsextremen protestiert – und dabei viele junge Leute getroffen, die bei den Grünen aktiv waren.“

Gerade 17 war Bolte-Richter damals, wollte im progressiven politischen Spektrum mitarbeiten. Seine Eltern, von Beruf Lehrerin und Bankkaufmann, hätten parteipolitisches Engagement immer positiv betrachtet. „Doch die Linkspartei war mir als damalige PDS zu rückwärtsgewandt – und die SPD zu langweilig“, lacht der heute 35-Jährige. „Bei den Grünen hatte ich dagegen das Gefühl: Das ist der richtige Club.“ Der Teenager trat in die Partei ein. Friedenspolitik, der drohende zweite Irakkrieg, aber auch die Kanzlerkandidatur des bayerischen CSU-Ministerpräsidenten Edmund Stoiber seien genug Motivation gewesen, erzählt Bolte-Richter.

Was folgte, scheint in der Rückschau wie eine Blitzkarriere: 2004 wurde er, noch keine 19 Jahre alt, in den Bielefelder Stadtrat gewählt.

„Danach habe ich mit meinem Vater verhandelt“ – auch der war ins Kommunalparlament gewählt worden, allerdings für die FDP. Der Sohn ging als jüngstes Ratsmitglied in den Jugendhilfe- und in den Schul- und Sportausschuss. „Größter Erfolg war der massive Ausbau der Kinderbetreuung“, bilanziert der Abgeord-

nete – gelungen sei dieser „übrigens im interfraktionellen Konsens“. Gleichzeitig studierte Bolte-Richter Politikwissenschaft an der Bielefelder Universität. Seinen Bachelor hat er 2008 gemacht.

Das Superwahljahr 2009 mit Bundestags-, Europa-, sechs Landtags- und Kommunalwahlen in NRW erlebte der Politikwissenschaftler dann als Wahlkampfkoordinator der Bielefelder Grünen. „In der Rückschau sieht das alles so geradlinig und logisch aus“, sagt der seit 2014 verheiratete Vater zweier Kinder. Dabei habe er auch Niederlagen einstecken müssen: „Ich habe zwei Mal versucht, in den Landesvorstand der Grünen Jugend gewählt zu werden – doch das hat nie geklappt.“

Geht hat seine landesweite Vernetzung dennoch. Der Grünen Jugend sei klar gewesen: „Wenn wir unser Engagement ernst nehmen, brauchen wir auch Mandate.“ Im Mai 2010 gelang Bolte-Richter über Listenplatz 14 der Sprung in den Landtag. Mit 24 war er der zweitjüngste Abgeordnete – jünger war nur die heutige Ko-Vorsitzende der Grünen Landtagsfraktion, Verena Schäffer.

Im Landesparlament ist der gebürtige Bielefelder heute Sprecher seiner Fraktion im Wissenschaftsausschuss und im Ausschuss für Digitalisierung und Innovation. Mit Sorge blickt Bolte-Richter, der selbst noch im Masterstudium Politikwissenschaft an der Fernuniversität in Hagen eingeschrieben ist, deshalb auf die Folgen von Corona für Studierende: Schließlich jobbten zwei Drittel für ihren Lebensunterhalt – und mit den Shutdowns hätten sich viele Jobs etwa in der Gastronomie in Luft aufgelöst.

„Sorge um Studierende“

Dennoch hätten bisher nicht einmal 10 Prozent der 770.000 Studierenden in Nordrhein-Westfalen Corona-Überbrückungshilfen erhalten. „Viele, denen das Wasser bis zum Hals stand, haben die Unis schon verlassen“, klagt Bolte-Richter deshalb. Trotzdem zeige die NRW-Wissenschaftsministerin „keinerlei Interesse“ an der Notlage vieler „Studis“. Schließlich seien auch die Bundeshilfen „völlig unzureichend“: Gezahlt werden maximal 500 Euro – dabei seien in vielen Universitätsstädten schon 400 Euro für ein WG-Zimmer fällig.

Allerdings: Corona verdeutliche auch Zukunftschancen, findet der Grüne.

Zusammen mit der energiepolitischen Sprecherin seiner Fraktion, Wibke Brems, hat Bolte-Richter schon im Sommer einen „Investitionspakt in Digitalisierung und Klimaschutz“ vorgestellt. Glasfaser und 5G-Netz sollen danach verstärkt ausgebaut werden. „Noch heute verfügt fast die Hälfte aller Haushalte in NRW nicht über ausreichend schnelles Internet“, ärgert sich der Ostwestfale.

Dabei mache erst schnelles Netz Homeoffice möglich – und könne so helfen, Berufsverkehr ebenso zu reduzieren wie Behördengänge. Auch eine Verkehrswende weg vom Auto werde durch bessere Vernetzung von Bahn, Bus, Carsharing und Fahrrädern einfacher, hoffen die beiden Grünen. Starten werde die Umsetzung spätestens in zwei Jahren, glaubt Bolte-Richter mit Blick auf Umfragen, die die Grünen in NRW bei 20 Prozent und mehr sehen: „Ich gehe davon aus, dass wir 2022 wieder Teil der Landesregierung sind.“

Andreas Wyputta

Zur Person

Matthi Bolte-Richter (35) stammt aus Bielefeld. Nach dem Abitur 2004 studierte er Rechtswissenschaften, Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Bielefeld. Das Studium schloss er mit dem Bachelor-Grad ab. Seit 2017 absolviert er zudem ein politikwissenschaftliches Studium an der Fernuni Hagen. Bolte-Richter ist seit 2010 Mitglied des Landtags und Sprecher seiner Fraktion im Wissenschaftsausschuss sowie im Ausschuss für Digitalisierung und Innovation. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Es ist kein „Lieblingsbuch“ für gemütliche Stunden, aber „Früchte des Zorns“ von John Steinbeck ist historisch und politisch immer wieder beeindruckend.

Welche Musik hören Sie gerne?

Punkrock, Ska und Liedermacher

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Sojasoße

Ihr liebstes Reiseziel?

Die Nordsee

Kurz notiert

Chanukka

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern aus Anlass des diesjährigen Chanukka-Festes die Grüße des Landesparlamentes übermittelt. „Hinter uns liegt ein schwieriges Jahr, an dessen Ende das Licht der Chanukkia den Juden ebensolche Hoffnung gibt, wie das Licht der Weihnacht den Christen“, sagte André Kuper, der sich dankbar darüber äußerte, dass die Tradition von Chanukka im Landtag auch in diesem Jahr fortgeführt werde – wenngleich ohne einen Empfang. Der Landtag hatte für den 15. Dezember 2020 gemeinsam mit den Landesverbänden der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein und Westfalen-Lippe, dem Landesverband progressiver jüdischer Gemeinden sowie der Synagogen-Gemeinde Köln zum Entzünden der vierten Chanukka-Kerze eingeladen. Der Termin fand unter Wahrung der coronabedingten Abstands- und Hygieneregeln statt. Den Segensgruß überbrachte der Oberrabbiner der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf, Dr. Raphael Evers. Er wurde begleitet vom Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf und des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden von Nordrhein, Dr. Oded Horowitz. Mehr Informationen finden Sie unter www.landtag.nrw.de.

Kinder- und Jugendrat

In einer Online-Konferenz hat sich der Präsident des Landtags, André Kuper, am 1. Dezember 2020 mit Vertreterinnen und Vertretern des Kinder- und Jugendrats NRW ausgetauscht. Zentrale Themen der Diskussionsrunde waren Mobilität und Digitalisierung. In den Gesprächen ging es darum, wie die Digitalisierung an Schulen weiter gefördert werden kann. Der Präsident sagte: „Viele junge Menschen engagieren sich in Kinder- und Jugendräten der Städte und Gemeinden, um Politik mitzumachen. Ihr Engagement muss Gehör finden. Sie sind die Zukunft unserer Demokratie.“ Der Kinder- und Jugendrat ist die Landesvertretung aller Kinder- und Jugendgremien im Land.

Neue Ausgabe

Die erste Ausgabe von Landtag Intern im neuen Jahr erscheint am 2. Februar 2021.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir stehen am Ende eines Jahres, wie wir es nie zuvor erlebt haben. Seit dem Frühjahr ist unser Leben durch die Corona-Pandemie geprägt – in der Familie, auf der Arbeit, in Schule und Hochschule. Wir halten Abstand, tragen Mund-Nasen-Schutz und schränken unsere Kontakte ein – selbst in der Familie und im Freundeskreis. Hochzeiten mussten verschoben werden, Geburtstagsfeiern abgesagt. Nicht einmal Trauerfeiern waren ohne Beschränkungen möglich.

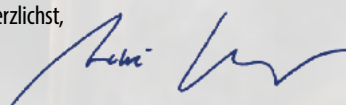
Ich möchte mich an dieser Stelle auch im Namen des Präsidiums und der Abgeordneten von Herzen bei Ihnen dafür bedanken, dass Sie durch Ihr verantwortungsvolles und umsichtiges Verhalten und Ihre Rücksichtnahme mit dazu beigetragen haben, Mitmenschen zu schützen. Sie haben vorgelebt, worauf es gerade in dieser nicht einfachen Zeit ankommt: auf Solidarität und Zusammenhalt. Das macht unser Land und unsere Demokratie stark.

Auch der Landtag hat in unaufgeregter und gleichwohl verantwortlicher Weise auf die Pandemie reagiert. Sie machte besondere Schutzmaßnahmen und zugleich schnelles und gezieltes politisches Handeln erforderlich, u. a. in vielen Sondersitzungen. Das Landesparlament war dabei zu jeder Zeit arbeits- und handlungsfähig und wird es weiter sein. Unsere parlamentarische Demokratie bewährt sich auch in einer Lage wie dieser.

Für die Zeit „zwischen den Jahren“ wünsche ich Ihnen, dass Sie nach diesem so außergewöhnlichen und herausfordernden Jahr die nötige Kraft tanken können. Für das neue Jahr gibt es erste gute Nachrichten: Es sollen Impfstoffe zur Verfügung stehen. Noch brauchen wir etwas Geduld. Aber ich bin mir sicher: Wir werden den Weg zurück ins „normale Leben“ finden.

Ich wünsche Ihnen und allen, die Ihnen nahestehen, vor allem Gesundheit und Zuversicht. Gehen wir hoffnungsfroh in das neue Jahr. Und möge es ein friedvolles Jahr 2021 werden!

Herzlichst,



Ihr André Kuper
Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen



Das Foto zeigt den Präsidenten des Landtags, André Kuper, mit dem Friedenslicht aus Bethlehem. Der Ring Deutscher Pfadfinder- und Pfadfinderinnenverbände NRW hatte es am 15. Dezember 2020 übergeben. Foto: Schälte